

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

„Parlamentssitzung“ von ausländischen, jüdischen, antifaschistischen und Flüchtlingsorganisationen am 9. November 1993 im Deutschen Bundestag

Der Bundestag wolle beschließen:

Analog zu „Jugend im Parlament“ wird am 9. November 1993 im Gebäude des Deutschen Bundestages eine „Parlamentssitzung“ von ausländischen, jüdischen, antifaschistischen und Flüchtlingsorganisationen durchgeführt. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird empfohlen, die Veranstaltung in voller Länge und live zu übertragen. Bei der inhaltlichen Vorbereitung, Einladung der Personen und Durchführung dieser Sitzung sollten Flüchtlingsräte, der Zentralrat der Juden in Deutschland, antifaschistische Initiativen und Organisationen der Roma und Sinti einbezogen werden.

Bonn, den 9. September 1993

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Nach den Brandanschlägen von Hünxe, Lampertheim, Mölln und Solingen

- nach den pogromähnlichen Angriffen in Hoyerswerda, Quedlinburg und Rostock;
- nach über 17 von Rechtsextremisten getöteten Menschen im Jahr 1992;
- nach 2 283 Gewalttaten gegen Ausländerinnen und Ausländer im Jahr 1992;
- nach über 4 746 ausländerfeindlichen Straftaten im Jahr 1992;
- nach den Aufmärschen und Zusammenrottungen von Neonazis in Fulda, Prieros und anderswo;
- nach der Verschwörung eines Teils der Bevölkerung einer Stadt gegen Asylsuchende wie in Dolgenbrodt;
- nach den zunehmenden Zerstörungen und Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten;

- nach der zunehmenden Intellektualisierung des Rechtsextremismus und der Propagierung des Rassismus auch durch einige Professoren, studentische Verbindungen, in Denkfabriken und Theoriezeitungen der „Neuen Rechten“;

kann das Parlament die Erinnerung an die sogenannte Reichskristallnacht nicht mehr nur als Gedenken an Vergangenes und unbestimmte Mahnung vor Zukünftigem begehen. Der Deutsche Bundestag will die geplante Sitzung als ein Signal gegen Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus verstanden wissen. Symbolisiert werden soll damit die Absicht, daß man den durch Antisemitismus und Rassismus direkt betroffenen Menschen künftig mehr Gehör und den nötigen Schutz verschaffen will.